
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 26. April 1997 in Biel

Tagespräsidentin: Anna Maria Hofer
Dauer: 13.00 - 17.30 Uhr

1. Begrüssung

Anna Maria Hofer begrüsst die Delegierten in der schönen Umgebung des Bielersees und warnt gerade deshalb vor den ökologischen Folgen der EXPO 2001. Sie weist darauf hin, dass die Grünen - Freien Liste / Les Verts - Liste Libre in Biel/Bienne dieses Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum feiern.

Hanspeter Thür äussert sich zu umweltpolitischen Fragen. In der Frage des Ausstiegs aus der Atomenergie, der ökologischen Steuerreform sind positive Signale zu sehen. Die Grünen wollen zusammen mit Umweltverbänden gegen das Verkehrsdossier in den bilateralen Verhandlungen ergreifen, wenn die Schmerzgrenze für die Grünen überschritten wird.

Erica Hennequin äussert sich zum Thema Gentechnologie und Nahrungsmittel. Die Grünen bekräftigen die Opposition zur Gentechnologie und haben dies auch mit der heutigen Kundgebung getan. Der an der letzten DV beschlossene Boykott von Nestlé muss aufrechterhalten werden. Wir wollen unsere Aktivitäten zu diesem Thema noch verstärken.

Anschliessend stellt sich Philippe de Rougement von Greenpeace als Koordinator der Abstimmungskampagne für die Gen-Schutz-Initiative in der Romandie vor.

2. Statutarisches

Als StimmzählerInnen werden Reto Gmür, Rose-Marie Fankhauser, Rahel Dossenbach sowie Alex Bauert gewählt.

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung wird einstimmig genehmigt.

Bestätigung der Mitgliedschaft von «Les Verts» VD: Marie Schaffer erläutert, dass sich das «Groupement pour la protection de l'en-

vironnement (GPE)» und «ASV - Les Verts alternatifs» zur gemeinsamen Gruppe «Les Verts» gefunden haben. Die Mitgliedschaft dieser Gruppe wird mit Applaus bestätigt.

3. Grundsatzentscheid zur Initiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»

Ruedi Baumann spricht für die neue «Kleinbauern-Initiative. Die Initiative sei ein weiterer Schritt zur Ökologisierung der Landwirtschaft. Die Agrarlobby versuche, die Erfolge der letzten Abstimmungen wieder rückgängig zu machen, die Initiative sei das richtige Druckmittel dagegen. Die Landwirtschaft werde auch mit der Initiative starkt unterstützt, das vorgeschlagene Modell sei aber ökologischer und sozialer.

Luzius Theiler befürchtet, dass die Initiative zu mehr Importen führen werde, was ökologisch nicht zu verantworten sei und auch für die sogenannte Dritte Welt problematisch sei. Landwirtschaft als Nebenerwerb sei nicht so problemlos wie von Ruedi geschildert. Die Landwirtschaft solle sich über gerechte Preise finanzieren können. Luzius ruft die Grünen dazu auf, sich wieder stärker mit Landwirtschaftsfragen auseinanderzusetzen.

In der Diskussion wurde an der Initiative kritisiert, dass die BäuerInnen nach der Fläche und nicht nach der Leistung entschädigt würden. Die Begrenzung des Einkommens pro Hof sei für grössere Bauernhöfe mit mehr als einer Familie ein Problem. Die Initiative wolle alle Probleme mit einer simplen Regelung lösen.

Dem wurde entgegengehalten, dass eine Ablehnung der Initiative nicht automatisch zu der gewünschten Politik führe. Die Initiative stimme grundsätzlich und solle unterstützt werden. Importe seien nicht grundsätzlich abzulehnen, sondern für die sogenannte Dritte Welt von Bedeutung. Die Initiative möchte keine ökologische Nischenproduktion, sondern flächendeckende Ökologisierung.

In der Abstimmung wird die Initiative mit 70 Ja zu 8 Nein bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.

4. Parolen zu den Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Pia Hollenstein stellt die Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» vor. Zwar hat der Bund den Export von Kriegsmaterial neu geregelt, die Initiative sei aber nach wie vor notwendig. Nur mit der Initiative haben wir Gewähr, dass keine schweizerischen Waffen in Krisengebiete gelangen.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass der Waffenexport zwar kurzfristig lukrativ sei, uns langfristig aber in jeder Be-

ziehung teuer zu stehen komme. Die Schweiz dürfe nicht wieder die gleichen Fehler wie während dem 2. Weltkrieg machen.

In der Abstimmung wird einstimmig und ohne Enthaltungen die Ja-Parole gefasst.

Zur Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» sprechen Roland Ostermann und Adrian Schmid. Roland weist darauf hin, dass die Initiative die Kompetenzen umkrempel, indem das Volk noch vor den Verhandlungen Stellung beziehen müsse. Der Entscheid nach Vorliegen des Verhandlungsergebnisses sei sinnvoller. Adrian Schmid findet jede Initiative wichtig, weil sie Ausdruck demokratischer Bewegung sei. Diese Initiative will aber Integrations-Diskussionen verhindern, noch bevor sie stattgefunden haben. Gerade das kritische Ja der Grünen zum EU-Beitritt zeige, dass für den definitiven Entscheid das Verhandlungsergebnis vorliegen müsse.

Nach kurzer Diskussion wird in der Abstimmung einstimmig und ohne Enthaltungen die Nein-Parole beschlossen.

Dem Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals wird ohne Referat und diskussionlos zugestimmt.

5. Revision Bundesverfassung

Bernhard Pulver stellt die vom Vorstand unterbreitete Resolution zur Reform der Bundesverfassung vor. Die Resolution stelle sich deutlich gegen die geplante Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum. Im Antidiskriminierungsartikel sollten die Homosexuellen mit erwähnt werden.

In der Diskussion wird betont, dass es noch andere Formen der Diskriminierung gebe. Es wurde angeregt, nicht nur Homosexuelle, sondern auch Bisexuelle zu erwähnen. Der Verfassungsentwurf von Kölz/Müller solle einbezogen werden. Verbandsrechte sollten von den Grünen nicht schlecht gemacht werden. Der Resolution wird bei zwei sprachlichen Präzisierungen einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Bern, 9.7.97

Für das Protokoll: Felix Wirz, Sekretär